

II-2129 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 2. Feber 1973

Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/3-4/o/1-73

1014 /A.B.
zu 981 /J.
Präs. am 2. Feb. 1973

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Hubinek,
Hietl, Dr. Schwimmer und Genossen an die
Frau Bundesminister für Gesundheit und Um-
weltschutz betreffend Förderung umwelt-
freundlicher Technologien
(Zl. 981-J-NR/1972)

In der gegenständlichen Anfrage wird an mich fol-
gende Frage gerichtet:

"Werden Sie Ihren ganzen Einfluß geltend machen,
daß diese Tarif- bzw. Preiserhöhungen nicht stattfinden,
um so den Forderungen des Umweltschutzes Rechnung zu
tragen?"

In Beantwortung der vorliegenden Anfrage teile ich
mit:

Von den in der Anfrage genannten Absichten auf Tarif-
bzw. Preiserhöhungen ist mir nichts bekannt. Ich bin daher
nicht in der Lage, zu der an mich gestellten Frage Stellung
zu nehmen.

Im übrigen darf ich hinsichtlich meiner Zuständigkeit
auf § 3 Abs. 1 Z. 1 des Bundesgesetzes vom 21. Jänner 1972
über die Errichtung eines Bundesministeriums für Gesundheit

und Umweltschutz, BGBl.Nr. 25, hinweisen.

Tarif-bzw. Preiserhöhungen für schwefelarmes Heizöl sind derzeit von der Bundesregierung nicht geplant.

Eine Einflußnahme auf die Geschäftsführung der Landes-Elektrizitätsgesellschaften und damit auf deren Tarifgestaltung steht mir nicht zu, dennoch wurde mir versichert, daß auch die Elektrizitätsgesellschaften bemüht sein werden, bei ihrer Tarifgestaltung die Belange des Umweltschutzes zu beachten.

Der Bundesminister:

Heisele

